

Politische Abteilung II
p.B.15.21.Rwanda.-HDA/PEM

Bern, 16. September 1993

Gesprächsnotiz

BESUCH VON DÉOGRATIAS MUSHAYIDI (M), RESPONSABLE
DES RELATIONS INTERNATIONALES DU "FRONT PATRIOTIQUE
RWANDAIS" (FPR) EN SUISSE (BERN, 15.9. 1993)

M sprach in Begleitung von Aimable Karyabwite, FPR-Vertreter in der Schweiz, beim Unterzeichneten vor. Besprochen wurden:

Lage in Rwanda nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens (Arusha, 4.8. 1993)

Laut M ist der **Waffenstillstand bisher respektiert** worden. Die Spannungen haben abgenommen, die Bevölkerung wünsche Frieden und könne sich frei bewegen, selbst im Frontgebiet. Zeichen des **wachsenden Vertrauens** seien verschiedene Treffen zwischen der Regierung und dem FPR in der jüngsten Vergangenheit. So habe sich am 12. September 1993 in Kinyihira Staatspräsident J. Habyarimana in Begleitung hoher Behördenvertreter erstmals seit Kriegsbeginn mit FPR-Präsident A. Kanyarengwe getroffen. Dabei sei der Willen zur Einhaltung des Abkommens von Arusha bekräftigt worden. Eine gemischte Kommission sei damit beauftragt worden, die internationale Öffentlichkeit für die Probleme Rwandas zu sensibilisieren. Die **UNO werde gebeten den Uebergangsprozess durch die rasche Zurverfügungstellung einer Friedenstruppe zu beschleunigen**. Damit soll nicht zuletzt eine baldige Rückkehr der Kriegsvertriebenen und die Bestellung von deren Aeckern ermöglicht werden. Eine gemischte Delegation werde den UNO-Sicherheitsrat ersuchen, dass die "Groupe d'observateurs militaires neutres" (**GOMN**) **der OAU auf mindestens 500 Mitglieder erweitert würde**. Bisher seien erst 125 Soldaten eingetroffen (insbes. Tunesier und Senegalesen). Die für die verschiedenen staatlichen Institutionen vorgesehenen FPR-Vertreter, wie auch die 600 für die Sicherheit in Kigali und im übrigen Land vorgesehenen FPR-Militärs, seien bereit, ihre Arbeit aufzunehmen, sobald



die entsprechenden Friedenstruppen stationiert seien. Diese könnten durchaus von der OAU zur Verfügung gestellt werden, welche im Friedensprozess eine wichtige Rolle gespielt habe und die rwandischen Probleme kenne.

Eine gemischte Kommission sei für **die Rückkehr der Kriegsvertriebenen** zuständig. Auch sei beschlossen worden, bis am 1. Oktober 1993 im Norden des Landes sämtliche Strassen zu öffnen, was für die Versorgung des Landes wichtig sei. Möglichst bald sollen auch die Mitglieder einer politisch-militärischen Kommission bestimmt werden. Es sollen Untersuchungen eingeleitet werden betreffend Attentate, welche z.T. auf die Eliminierung von Zeugen von **Menschenrechtsvergehen** zielen. Die dafür Verantwortlichen sollen auf "exemplarische Weise bestraft" werden. Was die **Rückkehr der Flüchtlinge** und die damit verbundene Problematik der Bodenverteilung betrifft, wurde das allgemeine Recht auf Privatbesitz vertraglich festgelegt. Eine zehnjährige Abwesenheit vom Grundbesitz verwirke Besitzansprüche, hingegen könne ein Recht auf Kompensation durch den Staat geltend gemacht werden. Im übrigen gäbe es in Rwanda noch unterbesiedelte Regionen. Eine Landwirtschafts- und Wohnbaureform sowie die Förderung des Handwerks sollen künftig die Integration der Rückkehrer erleichtern.

Der **FPR** habe sich an einer Zusammenkunft des Zentralkomitees im August 1993 **als politische Partei etabliert**. Das Parteiprogramm werde momentan gedruckt. Die im vergangenen Monat abgehaltenen Lokalwahlen (bourgmestres, conseillers, chefs de secteur) in der demilitarisierten Zone, seien - entgegen dem Anschein - für den FPR eher positiv ausgefallen. Wichtig sei, dass der Uebergang voranschreite und "positive Kräfte" an die Macht kämen. Auch sei der MRND (der eigentliche Wahlsieger) daran, sich zu ändern. Noch ein weiter Weg sei bei der staatsbürgerlichen Ausbildung der Bevölkerung zurückzulegen.

Ersuchen gegenüber der Schweiz

M dankt der Schweiz erneut für die **sehr positive Entwicklungszusammenarbeit**. Diese mache "weniger Lärm und sei insgesamt bedeutender als diejenige anderer Länder". Sie komme den Betroffenen zugute und sei Hilfe zur Selbsthilfe. Kritisch äussert er sich zur Korruption rwandischer Behörden. Immerhin sei das Abzweigen von IKRK-Nahrungsmitteln eingedämmt worden. M ersucht die Schweiz um:

- **Finanzielle Unterstützung der GOMN**; die OAU könne Soldaten zur Verfügung stellen, verfüge indessen nicht über genügend Mittel;

- **dringende Einflussnahme auf die UNO zur Beschleunigung der Uebergangsperiode** (Entsendung von Blauhelmen, resp. Verstärkung der GOMN);
- **finanzielle Unterstützung sowie diplomatischer Beistand** gegenüber internationalen Organisationen bezüglich des Programms zur **Rückführung der Kriegsvertriebenen** und bei der **Wiedereingliederung von Soldaten ins Zivilleben**;
- **finanzielle Unterstützung der unabhängigen rwandischen Menschenrechtskommission** zur Errichtung lokaler Büros;
- Möglichkeiten zur **Erlangung von Ausbildungsstipendien**. Dabei sei die Berufsausbildung wichtiger als universitäre Studien.

Im übrigen zeigte sich M interessiert an einem **Gespräch mit Vertretern der Bundesverwaltung** und insbesondere der DEH **über die Entwicklungsproblematik in Afrika**. Der Unterzeichnete versprach, diese Anliegen den zuständigen Stellen weiterzuleiten.

D. Haener
Politische Abteilung II

Kopie mit Kopie der erwähnten Beilage:

- RX, FMD, IFA
- EVD, BAWI, Afrikanische Entwicklungsländer
- Schweizerische Botschaft, Kigali
- Schweizerische Botschaft, Nairobi

PFI 21. Sep. 1988

Politische Abteilung II
p.B.15.21.Rwanda.-HDA/PEM
 daten\hda\rwanda\notiz\mushaidi

Bern, 17. September 1993

✓ p.B.73.Rwanda.O.

Notiz an:

PFI 21. Sep. 1993 11

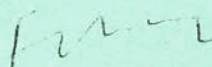
- Herrn A. Hartmann, DEH
 - Herrn P. Pata, DEH
 - Herrn A. Thalmann, D.I.O.
 - Herrn P. Sutter, PA III
 - Herrn J.-P. Villard, DVR

BETRIFFT: POLITIK DER SCHWEIZ GEGENÜBER RWANDA

In der Beilage erhalten Sie eine Notiz zu einem Gespräch, das D. Haener mit zwei Vertretern des "Front Patriotique Rwandais" (FPR) geführt hat.

Wir bitten Sie um einen Kommentar zu den unter Kapitel "Ersuchen an die Schweiz" aufgeführten Desiderata, die in Ihren Bereich fallen. Dieser kann telephonisch an Herrn D. Haener, Tel. 61 31 27, erfolgen.

Politische Abteilung II
 i.A.



D. Feldmeyer